Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ pränum. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7067.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Völbergasse.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 55. Mittwoch den 6. März 1895. 6 Jahrg

Sturmvögel.

Klänge aus der vormärzlichen Zeit.

I.

In wenigen Tagen wird das deutsche Volk, soweit es sich noch seiner Vorkämpfer für Erringung der politischen Freiheit in Dankbarkeit erinnert, die Feier des 18. März begehen, jenes Tages, an dem im Jahre 1848 der Absolutismus in Preußen zu Grabe getragen wurde. Hunderte von Opfern hatten im blutigen Barrikadenkampf mit ihrem Tode den Sieg des Volkswillens über Fürstenwillkür bezahlt. Söhne des gleichen Volkes hatten mit den Mordwaffen in der Hand einander gegenüber gestanden. Die einen in buntes Tuch gekleidet, um für das Unrecht des Königs zu kämpfen; die anderen in Arbeiterbluse und Bürgerrock, um dem Rechte des Volkes zum Siege zu verhelfen.

Nicht plötzlich und unerwartet war der Sturm gekommen. Jahrelang, jahrzehntelang hatte das Volk in stummer Ergebung gehofft und gewartet, es werde ihm sein Recht zu teil werden; doch eine Täuschung, eine neue Bedrückung und Entrechtung folgte der andern. Und wie dem Seemann das Erscheinen gewisser Vögel das Herannahen des Sturmes verkündet, so war auch der gewaltsamen Erhebung des Volkes gar manches Anzeichen vorausgegangen, das den Herrschenden als Warnungsruf hätte gelten müssen. Sie sahen nicht, sie hörten nicht: sie waren mit Verblendung geschlagen. Wen das Schicksal verderben will, den schlägt es mit Blindheit.

Doch die große Zeit der Volkserhebung läßt sich nicht verstehen, wenn man nicht die voraus gegangenen Erscheinungen kennt. Die geschichtliche Entwickelung schließt den Begriff Zufall aus. Er spielt in ihr so wenig eine Rolle wie in der Physik. Alles steht zu einander im Verhältnis von Ursache und Wirkung. Und ein Eingreifen geträumter überirdischer Kräfte und Mächte giebt es nicht. Auch die 1848er Märztage haben ihre Vorgeschichte, ihre naturgemäße Entwicklung gehabt. Versuchen wir, dieselbe uns zu vergegenwärtigen.

Volksblut heilt Fürstengebrechen.

Wie ein reinigendes Gewitter war Anfang des Jahrhunderts Napoleon über Deutschland hinweggefegt. Gar manches Unheil war für das deutsche Volk damit verbunden gewesen, wie jedes Gewitter auch zerstörend wirkt. Aber die Atmosphäre war durch Napoleon gereinigt worden. Dumpfer Druck hatte auf den Völkern gelegen. Politisch entrechtet, mit Frohnden und Steuern über alles Maß bedrückt, so lebten sie dahin, nicht wie Menschen, sondern wie eine willenlose Viehherde. Und wo sich in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts die aufs Blut gequälten Bauern mit der Kraft hoffnungsloser Verzweiflung gegen ihre Peiniger aufgelehnt hatten, wie bei Lommatzsch, Chemnitz, Grimma in Sachsen, sowie in verschiedenen anderen Gegenden Mitteldeutschlands, da hatte rohe Soldatenfaust eifrige Ernte gehalten. Erschossen, erstochen, erhängt, ins Zuchthaus gesperrt — die Ruhe war wieder hergestellt! In den Städten regierten der Stock und der Zopf. Das Schreibstubenwesen hatte den Bürgergeist überkrustet, der zähe Schleim des Büreaukratismus hatte dem ödesten Philistertum, einer kraft- und saftlosen, widerstandsunfähigen Spießbürgerschaft als günstiger Nährboden gedient. Zopf und Perücke herrschten bildlich und wirklich. Als Evangelium galt der Satz, daß das Gottesgnadentum der Fürsten und seine Fangarme, die sich im Korporalstock und im Beamtenrock sichtbar zeigten, der beste Bewahrer bürgerlicher Wohlfahrt sei. Mitleidswerte Thoren! Das Militär im Gamaschendienst verödet; das Beamtentum im Paragraphenwerk verknöchert; das Bürgertum ohne Ideal, in kleinlicher Selbstsucht versitzt; die breite Masse des arbeitenden Volkes ohne Aufklärung in stumpfer Ergebung und Demut — und die Herrschenden in üppiger Genußsucht lebend, mit Verachtung auf das niedere Volk sehend, zum Teil so unaussprechlich gemein, daß sie ihre eigenen Landeskinder an England als Kanonenfutter für Bargeld verschacherten: das giebt in kurzen Strichen ein Bild über die Situation in Deutschland zu Anfang des Jahrhunderts. Die wenigen Ausnahmen, bei denen sich der Geist der deutschen Klassiker, die Bestrebungen der Philanthropen und Encyklopädisten bereits geltend machten, ändern die Richtigkeit der Zeichnung nicht.

Da kam Napoleon ins Land. Die Ohnmacht der deutschen Herrscher und ihrer Heerführer diesem kraftvollen, weitsichtigen Eroberer gegenüber hatte sich schon allen Augen gezeigt. Die kriegerische und diplomatische Unfähigkeit des Gottesgnadentums war schon 1795 beim Baseler Friedensschluß zum bündigen Ausdruck gelangt. Und kleinliche, ränkevolle Rivalität unter den Gliedern der deutschen Gottesgnadenzunft hinderte die Ausnutzung des durch den Baseler Frieden ihnen freigegebenen nächsten Jahrzehnts. Als darum 1806 bei Jena und Auerstädt die schimpfliche Niederlage deutscher Heere erfolgte, als eine Festung nach der anderen, befehligt von ahnenstolzen Edelsten der Nation, sich ohne Schwertstreich den französischen Herren ergab, als Dutzende deutscher Throne und Thrönchen zusammenbrachen, wie wurmstichiges Gerümpel, als der Kurfürst von Baiern in widerlicher Eunuchenhaftigkeit dem erst verlachten „korsischen Advokatensohn" seine tiefste Ergebenheit ausdrückte, als Napoleon bis nach Königsberg und Breslau hinüber seine Herrschaft ausgedehnt und seine Heerhaufen erstreckt hatte, da erfüllte sich nur das naturgemäße Strafgericht, das durch die deutschen Fürsten heraufbeschworen worden, für das aber, wie immer, das doppelt betrogene Volk die Kosten bezahlen mußte. Und trotzdem erschien Napoleon dem deutschen Volke vielmehr ein Befreier als ein Tyrann. Er fegte mit eiserner Faust gar manches Ueberlebte hinweg — nicht aus Liebe zum Volke, denn die kannte er nicht, sondern aus Klugheit. Dem Volke konnte das gleich sein, wurde es doch von einem Teile der unerträglich gewordenen Zustände befreit. Das war ihm die Hauptsache. Und nicht ungern hängten gar viele das Bild des kleinen, von der Geschichte als Hausknecht benutzten Eroberers neben das ihrer angestammelten Landesväter. Noch heute findet man in mancher Bauernstube das Bild Napoleons, die Arme verschränkt, den Dreispitz auf dem breiten Schädel. Die Bauern hatten recht wohl Grund zu dieser Ehrung.

Napoleons geschichtliche Mission war bald erfüllt. Mit Naturnotwendigkeit mußte er den Schlag gegen Rußland versuchen, und mit gleicher Naturnotwendigkeit mußte dieses Unternehmen ihn verderben. Seine Widersacher kamen obenauf. Die wackeren deutschen Fürsten erinnerten sich in Schnelle wieder ihrer Aufgabe, den Feind aus dem Lande zu werfen und „den von Gott ihrer Führung anvertrauten Völkern" ein kraftvoller Hort des Friedens, der Freiheit und der Wohlfahrt zu sein. Einige dieser Fürsten, die von Baiern, Sachsen und Württemberg, hatten durch Napoleons Gnaden ihren Kurfürstentitel in den Königstitel umändern lassen; das that ihrem urdeutschen Patriotismus keinen Abbruch.

Die Fürsten riefen also „ihre lieben Unterthanen" zu den Waffen gegen Napoleon. Und die Völker, die gutgläubigen, vertrauenden Völker kamen. Mit unbeschreiblicher Aufopferung leisteten die Jungen wie die Alten, Männer wie Frauen dem Rufe Folge. Alles Leid, aller Verrat, alle Bedrückung war vergessen. Das Volk scharte sich um die Fürsten und säuberte im todesmutigen Ringen das Land von der napoleonischen Heermacht. Mit Darangabe des eigenen Blutes und Gutes richtete es die deutschen Throne wieder auf. Mit einer Selbstlosigkeit, die ihresgleichen nicht hat, wusch das das Volk mit seinem Herzblute vom Fürstenpurpur alles ab, was Unfähigkeit, Selbstsucht, Völlerei und andere Gebrechen der Bevorrechteten als Unrat aufgehäuft hatten. Dem Volke war mit heiligen Eiden gelobt worden, es solle eine freie, frische Entwickelung gewährleistet bekommen, wenn es seinen Fürsten in diesen Stunden der Todesangst treu zur Seite stehe. Das Volk vertraute. Es befreite das Land vom Fremdjoche und — tauschte dagegen nur ein viel drückenderes der eigenen Zwingherren wieder ein. „Wer dir Treue gelobt, sich vom Strange zu lösen, sinnet dir Uebles, sobald er des Strickes sich schämt!" Diese alte Weisheit hatte das deutsche Volk nicht beachtet: schwer mußte es dafür büßen.

Deutscher Reichstag.

51. Sitzung vom 4. März. 1 Uhr.

Die Beratung des Militär-Etats wird fortgesetzt bei dem Titel „Gehalt des Kriegsministers", wozu der sozialdemokratische Antrag betr. Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und Umwandlung des stehenden Heeres in ein Milizheer vorliegt.

Abg. Liebknecht (soz.): Gegen unsern Antrag ist nichts Neues vorgebracht worden. Der heutige Turnunterricht zeigt außerordentlich viele Mängel, die nur beseitigt werden können, wenn man sich von vornherein das Ziel steckte, die Jugend zur Wehrhaftigkeit zu erziehen. Das liberale Bürgertum hat doch früher ähnliche Ziele verfolgt, aber jetzt hat es alle seine freiheitlichen Ideale aufgegeben. Die Ziffern, die man bezüglich der hohen Ausgaben für ein Milizheer angeführt hat, sind aus der Luft gegriffen. Dem schweizerischen Major Gertsch, der sich über die Feldtüchtigkeit der Schweizer Armee abfällig aussprach, ist ein Rüffel erteilt worden wegen seines disziplinarwidrigen Verhaltens. Es sind übrigens in der Schweiz nur die reaktionären Elemente, welche das Milizsystem bekämpfen. Die gesamte preußische Militär-Organisation nach den Napoleonschen Kriegen, die Scharnhorst in die Wege leitete, beruht ja auf dem demokratischen Grundsatze, daß das Heer das Volk in Waffen sein solle. Es bleibt nur die Alternative: Ein Prätorianerheer oder ein Volksheer.

Anacharsis Cloots und die Hebertisten.

4] Von A. H.

[Nachdruck verboten.]

In Wut und Aerger rief der Aristokrat Abbé Maury: „Kein Königtum mehr!"

Alle ersteren Anträge wurden mit Jubel angenommen, nur das Königtum blieb noch.

Andern Tages wurden alle Wappenschilder von den Schlössern der Großen entfernt. Alle Orden, Kreuze, Bänder verschwanden.

Was machte aber unser Landsmann, welcher den Sturm entfesselt hatte? Er blieb nicht zurück. Er legte den Adel und Titel ab und nannte sich fortan nach einem griechischen mythologischen Namen Anacharsis mit Vornamen und Cloots mit Zunamen. Anarcharsis bedeutet so viel als ein Gegner jeder Herrschaft eines Menschen über einen andern. Seine Rede aber wurde auf Kosten der Nation in fünfzigtausend Exemplaren gedruckt und verbreitet.

Diese wenigen Exemplare wurden durch Abschreiben vermehrt und mancher Freiheitsfreund außerhalb Frankreichs trug die Rede unseres Landsmanns heimlich auf seinem Herzen, denn sie wurde in viele fremde Sprachen übersetzt.

In Frankfurt a. M. wurden baumwollene Taschentücher verkauft, worauf die Menschenrechte und die Rede Cloots gedruckt waren.

In England, Schottland, Irland, Polen, Belgien, Holland, der Schweiz wurde im Jahre 1790 der 14. Juli von den Anhängern der Freiheit festlich begangen.

Allein von anderen Seiten wurde Anacharsis auf das Heftigste angegriffen.

So erschien z. B. ein öffentlicher Protest gegen die Deputation des Menschengeschlechts und deren Wortführer von seiten des Fürsten Herzberg, Minister des Königs Friedrich Wilhelm II. von Preußen. In diesem Protest wird die Deputation ein Mummenschanz und Narrensposse genannt, Anacharsis selbst als ein Holländer von Geburt und als vollständiger Hausnarr hingestellt.

Es heißt in diesem Protest wörtlich:

Die preußische Nation verabscheut die Narrensposse vom 19. Juni. Sie ist entrüstet, einen Menschen von holländischer Geburt zu erblicken, welcher sich als Wortführer für sie unberechtigterweise aufwirft, und daß ein solcher Mensch die Frechheit besitzt, eine derartige Rolle zu spielen, um das sogenannte Recht der Leute (diese Bezeichnung ist für das Wort Menschenrechte gewählt) zu verherrlichen.

Die preußische Nation erkennt die Bürgerrechte wohl an, aber sie weiß auch, daß diese Rechte in der Hand der Regierung ruhen und wohl geborgen sind. Die preußische Nation weiß, daß das Glück der Bürger abhängt von der Unterwerfung unter die Gesetze und Gehorsam gegen die Regierung. Dieses ist Moral nach dem Willen Gottes u. s. w."

Von dem auf dem Landvolke Preußens damals lastenden Joch der Leibeigenschaft erwähnt v. Herzberg natürlich nicht das Geringste.

Die Antwort unseres Anacharsis ist wahrhaft klassisch. Hier einige Sätze:

„Seien wir Menschen und lassen wir die Ochsen und andern Zugtiere das bleiben, was Sie sind. Auch ich war früher ein Ochse. Ich habe mich aber bemüht, ein Mensch zu werden.

Gehen wir vorwärts und vermeiden wir dabei alle Träumereien.

Unterwerfung unter den Willen der Regierung soll das Volk glücklich machen?

Wir erkennen nur eine Regierungsmacht an und das ist der Wille des Volkes, dargelegt in dem Recht der freien Wahl der Volksvertretung.

Alle Menschen sind frei und gleich geboren. Vorrechte irgend welcher Art durch die Geburt erkennen wir nicht an.

So lange in einem Lande die Leibeigenschaft herrscht, hat niemand ein Recht, diese Nation glücklich zu preisen.

Gesetze, welche ohne oder gegen den Willen des Volkes zu stande gekommen, erkennen wir auch nicht als gültig an.

Tugend und Sittlichkeit können nur unter guten Gesetzen gedeihen, unter Gesetzen, die die allgemeine Not und das allgemeine Elend beseitigen.

Die Moral (deutsch Sittlichkeit) ist das Resultat der Interessen der Allgemeinheit.

Das Wohl der Allgemeinheit schließt das Wohl des einzelnen Menschen in sich.

Die Moral, das ist das Recht des Menschen, das Recht des Bürgers; die Moral ist das kräftige Kind der Freiheit und nur unter freien Gesetzen, gegründet auf Gleichheit aller, kann das öffentliche Glück gedeihen.

Die Freiheit aller Menschen der Erde wird eine allgemeine menschliche Moral erzeugen, welche weit über die Moral der verschiedenen Religionen hoch emporragen wird.

Eine Verfassung kann nur auferbaut werden auf die berechtigte Liebe zum Wohlergeben seitens jedes einzelnen menschlichen Wesens. Alles was der Allgemeinheit zu gute kommt, ist Tugend, was dem Wohle der Allgemeinheit widerspricht, ist Laster.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß heute in einem Lande dasjenige als Tugend gilt, was in einem andern Lande als eine Untugend betrachtet wird.

Blinder Gehorsam gegenüber Tyrannenwillkür, Spioniererei gegen freiheitsliebende Bürger, Entsagung der Menschenrechte und vieles andere galten unter dem alten Regiment in Frankreich als die höchsten Tugenden, heute als das Gegenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950306-13/fragment/page=0001

Abg. Dr. Enneccerus (natlib.) bekämpft den sozialdemokratischen Antrag: Sei denn die Schweizer Miliz schon erprobt in einem modernen Kriege? Die gesamte Entwickelung unseres Heerwesens ist gerade das Gegenteil vom Prätorianertum. Auf Scharnhorst hat sich Herr Liebknecht ganz mit Unrecht berufen.

Abg. Graf Ortola (natlib.) richtet an den Kriegsminister die Anfrage, ob eine Novelle über das Invalidenwesen zu erwarten sei. Wünschenswert wäre ein einheitliches Invalidengesetz. Bereits im vorigen Jahre haben wir den Wunsch nach einer Uebersicht über die Kasseneinnahmen ausgesprochen, welche zwar brauchbar, aber noch unbenutzt sind, oder welche verlassen werden sollen. Redner bittet darauf, der Stadt Butzbach ihre Kavalleriegarnison ganz zu belassen.

Kriegsminister v. Bronsart erklärt, daß die den beiden Schwadronen in Butzbach vorgesetzten Behörden seit Jahren auf eine Verlegung der Schwadronen im Interesse der Ausbildung dringen. Die Kriegsverwaltung hat sich von der Berechtigung der Beschwerden überzeugt, und es soll daraufhin wahrscheinlich im März eine Schwadron nach Darmstadt verlegt werden.

Generalleutnant v. Spitz: Es ist schwer, in der Invalidenfrage eine bestimmte Erklärung abzugeben, bevor nicht formulierte Anträge des Reichstages vorliegen. Die Invalidenfrage berührt in hervorragender Weise das finanzielle Gebiet. Es liegen von allen Seiten eine solche Menge Forderungen vor, daß wenn alle erfüllt werden, das 200 Millionen kosten würde. Wenn immer angeführt wird, daß der Reichs-Invalidenfonds in der Lage wäre, diese Ansprüche zu befriedigen, so ist das sehr kindlich gesprochen, denn dann bleiben nur noch 3 Millionen übrig.

Abg. Bebel (soz.): Solche Erzeugnisse wie die Boguslawskische Broschüre wären unmöglich, wenn nicht an gewisser Stelle die Absicht bestünde, das Heer zu einer Waffe gegen das Volk zu machen. Vor kurzem ging durch die deutschen Blätter eine Notiz über einen Erlaß des preußischen Kriegsminister betr. das Verbot der Beschäftigung von Sozialdemokraten durch die Militärverwaltung. In diesem Erlaß heißt es, daß sozialdemokratische Arbeiter sofort ohne Angabe der Gründe zu entlassen oder ihnen zu kündigen, und daß zur Erforschung der politischen Gesinnung der Arbeiter auch die Polizei in Anspruch genommen werden könne. Das ist eines modernen Kulturstaates unwürdig. Denn jeder Sozialdemokrat ist wie jeder andere Staatsbürger verpflichtet, Steuern zu bezahlen, als Soldat zu dienen und im Notfalle das Vaterland zu verteidigen. Diesen Pflichten müssen gleiche Rechte gegenüberstehen. Sie können auch garnicht die sozialdemokratischen Arbeiter von den Staatsbetrieben fern halten. In Spandau, wo große Militärwerkstätten sind, in Kiel, wo die Marinewerkstätten sich befinden, in Erfurt sind Sozialdemokraten gewählt worden. Sie können heute garnicht mehr die Sozialdemokratie entbehren. Im Heer ist sie vertreten, in der Marine findet sie sich zahlreich; es giebt Schiffe, wo jeder Matrose Sozialdemokrat ist. Sie haben also allen Grund, sich mit der Sozialdemokratie abzufinden.

Ich mache ferner auf die verschiedenen geheimen Erlasse aufmerksam, z. B. auf den des Landrats von Waldow, der bezweckt, junge Leute, die zum Heere eingezogen werden und Sozialdemokraten sind, als solche zu denunzieren. Das Wort „Sozialdemokrat" wird im Heere sogar als Schimpfwort gebraucht, auch gegen Leute, die unserer Partei ganz fern stehen, und solche Polizeidenunziationen führen zu harter, ungerechter Behandlung der Leute. Ich erinnere an den Fall des Altonaer Arztes Hirschfeld, der im Jahre 1887 sein erstes halbes Jahr mit der Waffe gedient hatte und im vorigen Jahre nach bestandenem Examen die Erlaubnis erhielt, als Arzt zu dienen. Plötzlich wurde diese Erlaubnis zurückgezogen, „weil er nach der Erklärung des Generalkommandos dem in ihn gesetzten Vertrauen nicht entsprochen hätte, und er seiner Vergangenheit nach nicht geeignet sei, als Offiziersaspirant zu dienen." Er sollte dann mit der Waffe dienen, aber es stellte sich später heraus, daß er dienstuntauglich sei. Jedenfalls ist der Mann schwer geschädigt worden. Ich weise ferner auf den Fall Wendtland hin, einen sozialdemokratischen Redakteur, dem die Berechtigung zum einjährig freiwilligen Dienst entzogen wurde. Der Mann hat sich während seiner Dienstzeit in Torgau notorisch tadellos geführt und wurde auf höhere Ordre in die Arbeiterabteilung nach Ehrenbreitstein gebracht. Man geht sogar soweit, daß man den Leuten, mit welchen die Militärverwaltung Verträge abschließt, die Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter untersagt. Die Unternehmer zwingen dann die Arbeiter, Reverse zu unterschreiben, die in direktem Widerspruch mit der Gewerbeordnung stehen. Als Frhr. v. Stumm seinen Arbeitern das Lesen gewisser katholischer Zeitungen verbot, da wurde dies Vorgehen von der gesamten Presse verurteilt. Für diesen groben Verstoß der Militärbehörde gegen Recht und gute Sitte hat die Presse keine Worte mehr, denn das richtet sich ja nicht gegen die herrschenden Klassen. Das zeigt, wie tief wir am Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland gesunken sind.

Beklagenswert ist die oft vorkommende Ueberanstrengung der Soldaten auf Märschen. Im Kriege läßt sich das manchmal nicht vermeiden, da kommt eben das moralische Element dazu, aber im Frieden ist es nicht nötig, die Kräfte bis zum Uebermaß anzustrengen. z. B. bei Nachtmärschen im Schnee.

Die Armee soll das vornehmste Werkzeug in dem Kampfe für Religion und Sitte sein. Trotzdem bestehen in der Armee Einrichtungen, die mit Religion und Sitte nicht übereinstimmen. Warum verbietet man nicht das Duell? In der Kommission für die Umsturzvorlage sagte uns der GeneralauditeurIttenbach, es könnten aus den letzten fünf Jahren nur 68 Fälle von Duellen aus der Armee angeführt worden. (Zuruf des Grafen Mirbach: Sehr wenig!) Sie rufen sehr wenig, aber weisen Sie uns doch erst einmal 68 Fälle solcher Vergehen aus den letzten fünf Jahren nach, die unter die neue Umsturzvorlage fallen! Sind doch selbst Reichstagsabgeordnete an dieser Verletzung des Rechts beteiligt! (Redner zählt eine Anzahl der in den letzten vier Monaten bekannt gewordenen Duelle auf, die namentlich zwischen Re erveoffizieren stattgefunden haben.) Was macht mehr Sozialdemokraten als solche Vorkommnisse? Ein Zivilist, der auf einem Pferdebahnwagen in Hamburg einen ihm im Wege stehenden Offizier zur Seite stieß und der dem Offizier deswegen nicht abbitten wollte, wurde von dem Offizier mit dem Säbel über den Kopf gehauen und in die Rippen gestochen. Der Offizier erklärte, das gebiete ihm seine militärische Ehre. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Pfui!) Wenn sich höhere Militärs etwas zu schulden kommen lassen, so werden sie auffallend milde beurteilt, und in 99 von 100 Fällen sogar begnadigt. Dagegen können die Strafen für gemeine Soldaten nicht hoch genug sein. Ein Soldat, der sich über eine Arreststrafe bei seinen Stubenkollegen beklagte, wurde deswegen in erster Instanz zu 6 Monaten, in zweiter zu 3 Jahren verurteilt. Ein Leutnant, der seinen Schwager im Duell tötete, wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt und nach einem Monat begnadigt. (Hört, hört!) Wir halten uns für verpflichtet, auf die schreienden Gegensätze innerhalb unserer Gesellschaftsordnung immer wieder hinzuweisen. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir in dieser Frage die ungeheure Mehrheit des Volkes ohne Unterschied der Parteistellung auf unserer Seite haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Bronsart: Ueber die Miliz hatte ich nicht die Absicht zu reden; der Bundesrat hat sich mit der Sache noch nicht beschäftigt. (Große Heiterkeit.) Es scheint mir aber, als ob der Antrag im Reichstage nicht zur Annahme gelangen wird. (Heiterkeit.) Was den Erlaß über die Nichtbeschäftigung der Sozialdemokraten anlangt, so kann sich die Militärverwaltung nicht abhängig machen von Leuten, die auf Geheiß ihrer Oberen die Arbeit einmal niederlegen, entweder um einen Allerweltsfeiertag zu begehen oder aus anderen Gründen. (Sehr gut!) Die Tatsache, daß der Erlaß den Zeitungen zugegangen ist, beweist ja auch, daß in der Auswahl des Büreaupersonals noch nicht genügend vorsichtig verfahren wird. Denn wer einen derartigen Vertrauensbruch begeht, ist auch gegebenenfalls zum Landesverrat fähig. (Lebhafte Zustimmung.) Was den Erfurter Fall anlangt, so ist der betreffende Mann wiederholt wegen Dienstvergehens bestraft worden und es erwartete ihn eine harte Strafe wegen Schlafens auf der Wache. Der Fall Hirschfeld liegt genau wie der Fall Oppenheimer. Er hat überdies einem Kraden eine schwarzweißrote Fahne aus der Hand gerissen und ihm gesagt: mein Sohn, du trägst von nun an eine rote Fahne. Nun der Fall Wendlandt! Er hatte studiert; statt nun sein Dienstjahr zu absolvieren, wurde er Redakteur an der sozialdemokratischen Zeitung in Breslau. Er war wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr Gefängnis, außerdem sonst wegen 5 Preßvergehen noch zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bis 1891 hatte er Aufstand bekommen — 1867 war er geboren. Statt sich zu stellen, hat er einige Monate lang mittellos umhergelegen. Es waren aber noch verschiedene zivilgerichtliche Untersuchungen gegen ihn anhängig, die mehr als 6 Wochen ihm voraussichtlich eingebracht hätten. Nun hat der Abg. Wendlandt (Heiterkeit und Zuruf: Wird es noch werden! Große Heiterkeit!)... Da wurde er von der Truppe zur Arbeiterabteilung versetzt; man hatte dazu gleich nach seiner Einstellung das Recht, weil er wegen Majestätsbeleidigung verurteilt war. Die Nachtmanöver und Winterübungen haben sich durchaus bewährt. Und nun die Duellfrage! Die Zahl der Duelle ist meiner Ansicht nach bei 30000 Offizieren, wo 7 bis 8 Fälle im Jahr vorkommen, eine verschwindend geringe. Wenn aber Herr Bebel behauptet, die Armee ist die Hauptvertreterin der Duelle, so ist er im Widerspruch mit dem Abgeordneten v. Vollmar, der das im vorigen Jahre im bairischen Abgeordnetenhause direkt bestritten hat. Die Armee verlangt von dem Offizier, daß er sich töten läßt für sein Vaterland, für seinen König und seine Fahne. Allerdings kann er dann auch beanspruchen, daß man ihm, wenn er für seine Ehre eintritt, mildernde Umstände bewilligt. Wenn Herr Bebel weiter nichts gegen die Militär Verwaltung vorzubringen weiß — nun, ich denke, die große Mehrzahl des Volkes wird sagen: Der Kriegsminister hat doch Recht. (Heitere Ausrufe.)

Abg. Pachnicke (freis. Vereinig.): Das Verbot der Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter muß auch von den bürgerlichen Parteien verhältnißlich werden. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Solche Maßregeln rufen nicht bloß Erbitterung, sondern auch politische Heuchelei hervor.

Abg. Bebel (soz.): Die Sozialdemokraten werden Ihnen nicht den Gefallen thun, auf Ihre Provokationen einzugehen. Man kann es uns doch nicht verargen, daß wir solche Erlasse veröffentlichen. Was würden Sie den thun, wenn Ihnen solche sozialdemokratische Erlasse bekannt würden? Am nächsten Tage würden sie in der Berliner Korrespondenz stehen. (Große Heiterkeit.) Die Leute, die uns die Erlasse zugeschickt haben, kennen wir nicht, und es hat noch keiner von ihnen einen roten Heller bekommen. Was den Fall Wendtland anbetrifft, so ist es nicht richtig, daß derselbe sich einige Monate umhergetrieben hat. Sein Aufenthaltsort war bekannt. In der Vergangenheit dieses Mannes lag doch nichts Ehrenrühriges. Ein Mann, der für seine politische Ueberzeugung fällt, ist doch kein Verbrecher, im Gegenteil er muß hoch geschätzt werden. In der bayrischen Kammer hat v. Vollmar das Duell durchaus verurteilt und nur gegenüber den Uebertreibungen des Zentrums hervorgehoben, daß das Duellunwesen auf den Universitäten noch weit mehr herrsche als in der Armee. Der Kriegsminister hat vergessen, daß das Duell durch das Strafgesetz verboten ist, und damit steht es doch im Widerspruch, wenn unter Umständen ein Offizier durch den Ehrenrat sogar verpflichtet ist, auf ein Duell einzugehen.

Kriegsminister v. Bronsart führt die Stelle aus der Rede des Abg. v. Vollmar an, die genau so laute, wie er sie in der ersten Rede zitiert habe. Daß die Veröffentlichung der Erlasse nicht bezahlt wird, ist erklärlich, denn sie kennen ja die Einsender nicht. Wie wollen Sie also Ihr Geld los werden? (Heiterkeit.)

Abg. Bebel: Noch niemals sind so wenig sachliche Gründe gegen Ausführungen, die ich gemacht habe, vorgebracht worden wie heute. In einem Gegensatz befinde ich mich nicht zu Abg. v. Vollmar, denn dieser hat in jener Rede das Duell grundsätzlich verworfen.

Abg. Rösicke (b. k. Fr.) wendet sich gegen die Erlasse, welche die Beschäftigung sozialdemokratischer Arbeiter verbieten. Einen Vorteil werden davon nur solche Lieferanten haben, die sich leicht darüber hinwegsetzen, ob Arbeiter brotlos werden oder nicht.

Kriegsminister v. Bronsart. Es liegt der Militärverwaltung ganz fern, ihren Lieferanten vorzuschreiben, welche Arbeiter sie beschäftigen sollen. Nur in den eigenen Werkstätten der Militärverwaltung können solche Arbeiter nicht gebraucht werden.

Auf eine mit besonderem Hinweis auf Danzig gestellte Anfrage des Abg. Rickert (freis. Vereinig.) erklärt

Kriegsminister v. Bronsart, daß die Militärverwaltung mit einer Prüfung der Frage beschäftigt sei, das Rayongesetz so zu ändern, daß kleinere Festungen erleichtert werden.

Der Titel „Ministergehalt" wird bewilligt.

Beim Titel „Sachliche Ausgaben" werden nach dem Antrage der Kommission von den Büreaugeldern des Generalkommandos 8000 M. abgestrichen.

Der sozialdemokratische Antrag wegen Einführung des Milizsystems wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Beim Kapitel „Militär Geistlichkeit" beklagt sich

Abg. Dr. Lingens (Zentr., auf der Tribüne sehr schwer verständlich) darüber, daß der freiwillige Kirchenbesuch den Soldaten häufig erschwert werde. Anderdem seien mangels besonderen katholischen Gottesdienstes Katholiken oft gezwungen, am evangelischen Gottesdienst teilzunehmen.

Abg. Schall (deutschk.) bemängelt, daß die Offiziere und Militärbeamten am Sonntag häufig zu sehr dienstlich beschäftigt seien, um den Gottesdienst besuchen zu können. Auf die strenge Innehaltung der Parität sollte man doch gerade bei Militär nicht so großes Gewicht legen, hier müßten doch die religiösen Unterschiede vor der gemeinsamen seelsorgerischen Arbeit zurücktreten.

Das Haus vertagt darauf die weitere Beratung auf Dienstag 1 Uhr. Schluß nach 5¼ Uhr.

Tagesgeschichte.

Der Schacher-Charakter der konservativen „Volksvertreter" und ihrer Politik trat in der Sitzung des Reichstages, in welcher über die Panzerkreuzer verhandelt wurde, so recht zu tage. Die F. Z. schreibt darüber: „Die Führer des Bundes der Landwirte sind der dilatorischen Haltung des Reichskanzlers überdrüssig. Sie wollten höheren Orts dies kundthun, und Abg. v. Plötz war bereits gemeldet, um gegen die Bewilligung zu sprechen unter der Parole „ohne Kanitz keine Kähne". Da sah man den Minister v. Köller in die Arena herabsteigen. Er sammelte die unzufriedenen Bündler um sich herum und suchte sie lebhaft zu beschwichtigen. Infolgedessen suchte ein Teil derselben bei der Abstimmung die frische Luft auf, während andere unter wachsender Heiterkeit des Hauses bei ihrem Namensaufruf riefen: „In dieser Lesung enthalte mich".

Eine Vertretung der vereinigten Innungs-Verbände hatte am Donnerstag eine Audienz beim Reichskanzler Fürsten Hohenlohe, um demselben die Wünsche ihrer Hintermänner persönlich und mündlich nahezulegen. In der Hauptsache verlangten die Herren die Zwangsorganisation des Handwerks und Verwerfung eines event. ausgearbeiteten Gesetz-Entwurfs, nach welchem die Schaffung von Handwerkerkammern ohne vorherige örtliche Regelung der Gewerke angestrebt würde. In dreiviertelstündiger Unterhaltung wurde alsdann der Konkurrenzkampf zwischen dem Großkapital und dem Handwerk in seinen verschiedenen Schattierungen — denn als solche kann man die aus der Gefängnisarbeit, den Ramschbazaren u. s. w. entstehenden Folgen doch nur bezeichnen — besprochen, wobei namentlich auch der Angst Ausdruck gegeben wurde, daß in der Bäckerei und Konditorei doch wohl noch einmal gesetzlich geordnete Arbeitsperioden eintreten könnten. Natürlich hat Fürst Hohenlohe sein Möglichstes gethan, um die Leute zu beruhigen und ihnen zum Schluß eine Besserung ihres bedrückten Standes „gewünscht". Das Glück, welches den Herren Handwerker-Vertretern hierdurch zu teil wurde, erhielt dann noch eine besondere Weihe dadurch, daß sie auch noch dem zufällig im Reichskanzlerpalais anwesenden Kaiser ihre allerunterthänigste Ehrfurcht zu Füßen legen durften. Ob denn die Herren nun wirklich glauben, daß sie nach diesem vor den Fangarmen des Großkapitals auch nur einen Augenblick länger sicher sind?

Die Beteiligung Frankreichs an der Eröffnungsfeier des Nord-Ostsee-Kanals ist seit langer Zeit ein ausgiebiges Thema für die politischen Vettern und Basen der

---

Die öffentliche Gerechtigkeit hat sich dem Gesetz des Wohlbefindens des ganzen Volkes anzupassen.

Der Gesamtstaat ist eine Verbindung freier Bürger zum Zweck des allgemeinen Wohles.

Die Gesamtmenschheit — vereinigt zu einem einzigen Bunde — das muß das Endziel der Bestrebungen der Menschheit ausmachen.

Man wird diesen Gedanken als ein Nebelbild bezeichnen. Allein ganz mit Unrecht, denn wer hätte sich vor einigen Jahren träumen lassen können, daß Frankreich, welches in dreiundachtzig Departements und damit gewissermaßen in ebensoviel Einzelstaaten zerklüftet war, heute ein freier Einheitsstaat sein wird.

Man wird mir einwerfen: Die Menschheit will in Unterthänigkeit erhalten werden.

Es ist richtig, daß es die Herrscher bis heute verstanden haben, die Massen nicht nur in leiblicher Abhängigkeit, sondern auch in sklavischer Gesinnung zu erhalten.

Mit der Freiheit wird auch die Bildung steigen, und mit der Bildung die Liebe zur Freiheit. Es ist nicht möglich — wird man einwenden — daß ein einziges Staatengebilde die Welt umfasse.

Nun, wenn ich sehe, wie ein Papst in Rom fast der halben Welt Gesetze des Glaubens vorschreibt, wie ein Selbstherrscher in Petersburg die Hälfte Europas und die Hälfte Asiens despotisch beherrscht; ja noch mehr, wenn ich erblicke, wie einzelne Großkaufleute und Handelsgesellschaften der gesamten Menschheit die Preise für verschiedene notwendige Lebensmittel und Gebrauchsartikel vorschreiben, warum soll der Gedanke unfaßbar sein, daß ein Bund der Einzelnationen, beruhend auf Freiheit und Wohlergehen aller, das gesamte Menschengeschlecht dereinst umfassen soll?

Dann wird es keine leibeigenen Sklaven mehr geben, keine Kriege, keine Militärlasten, keine Grenzen, keine Mauern, keine Wüsten, keine Einöden, die ganze Welt wird ein Garten sein.

Stellen wir uns auf einen höheren Punkt der Politik als den der Interessen der Alleinherrscher der Erde. Stellen wir uns auf den Punkt, daß das Glück der Menschheit die höchste Forderung der Politik sei. Am Ende dieses Jahrhunderts wird das Glück des Menschengeschlechts weiter gefördert sein als seit tausend Jahren."

Wir sehen aus dieser Erwiderung Anacharsis gegen den preußischen Minister Herzberg, daß unser Landsmann die gesamten leitenden Personen der französischen Revolution im Ueberblick und politischer Einsicht ohne Ausnahme weit überragte. Dieses erwies sich auch dadurch, daß er in einer Rede vor dem Jakobinerklub als erste Forderung auf dem Gebiete der öffentlichen Verteidigung Frankreichs die Herstellung einer Kriegsflotte forderte.

Die Nationalversammlung nahm auch infolgedessen einen solchen weitgehenden Beschluß an, doch fehlte es an Geld, um denselben auszuführen. Ebenso wurde der Vorschlag Cloots: Papiergeld im Werte von kleinen Beträgen seitens des Staates herstellen zu lassen, von der Nationalversammlung angenommen.

Auch diese Rede Cloots wurde nicht nur in allen Journalen veröffentlicht, sondern auch in fünfzigtausend Exemplaren auf Staatskosten gedruckt in ganz Frankreich verteilt.

Anacharsis war es auch, der auf seine Kosten eine Zeitung für das Landvolk herausgab: „La feuille Villagloise" (Dorfzeitung).

„Diese Zeitung soll den Zweck haben, die Zahl der denkenden Wesen zu vermehren. Nur auf denkenden Bürgern kann ein freies Staatswesen beruhen!" schrieb Anacharsis Cloots.

(Fortsetzung folgt.)

Bebel als Rezitator in der Umsturzkommission.

Zum Beweise, wie man in den vierziger Jahren auch in bürgerlichen Kreisen über die Unsterblichkeit der Seele ꝛc. gedacht habe, zitierte Bebel in einer der letzten Sitzungen die folgenden Strophen eines Gedichtes des Frankfurter Dichters und Aesthetikers Wilhelm Jordan:

„Ihr glaubt, sie reiten nur ihr Steckenpferd,
Die Fürsten, wenn sie Dome, Klöster bauen?
Ihr irrt! Schon faßt sie vor dem Flammenschwert
Des freien Denkens ein gewaltig Grauen!
Dies soll des Glaubens schlimmer Rost zerfressen,
Sie wissen's wohl, die Frömmigkeit macht dumm,
Ein Pfaffenknecht, von Himmelsfurcht besessen,
Hält auch vor ihnen seinen Rücken krumm.

Wie heiß vom Knechtschaftshaß die Herzen glüh'n,
Es wird ihr Streben nicht gekrönt vom Ruhme:
„Nur auf der Gruft des Christentums zu blüh'n
Vermag die wundervolle Freiheitsblume."
Man läßt den Fuß sich auf den Nacken setzen,
Bis daß man merkt, daß man uns alles raubt;
Wie soll das Volk zum Kampf die Schwerter wetzen,
So lang' es an ein künftig Leben glaubt?

Doch weiß es erst, daß wir einmal sind,
So wird es sich nicht dumpf darin ergeben,
Daß lauter Schmach dies eine Sein umspinnt;
Dann wird es kämpfen für dies eine Leben,
Bis jegliche Tyrannenburg zerfallen,
Bis das verschwunden Purpur und Talar,
Bis alle gleich zum Tisch des Lebens wallen,
Bis niemand kniet vor Thron und vor Altar."

Heiteres.

Eine schöne Erinnerung. Baron Bumelinski besitzt blaue Augen und fixiert damit im Wintergarten die fesche Wiener Mali. „Dies Auge hab' ich doch schon einmal gesehen," bemerkt diese träumerisch zu ihrer Freundin Lotte. — „Du denkst wohl an das blaue Oge," versetzt diese trocken, „das Dir der eifersüchtige Unteroffizier Lemke auf dem letzten Ball in der Hasenhaide geschlagen hat."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950306-13/fragment/page=0002

Mordspatrioten gewesen. Jetzt hat man endlich dadurch Ruhe bekommen, daß Frankreich die Einladung zur Teilnahme angenommen hat. Das Ammenmärchen vom „Erbfeind" bekommt damit wieder eine treffliche Illustration.

In Fuchsmühl weilte am Sonntag Dr. Heim, der vielbekannte, zur Gründung eines „christlichen Bauervereins". Dem Dr. Heim haben die Fuchsmühler es auch zu verdanken, daß der Schweinfurter Rechtsanwalt Schmitt ihre Vertretung vor dem Landgericht Weiden in Händen hat, während ihnen die besten Anwälte ihre Hilfe kostenlos angeboten hatten. — So kommen die armen Bauern vom Regen in die Traufe. Erst werden sie fünfzig Jahre lang mißhandelt, dann vom Zentrum erbärmlich verkauft und verraten, darauf von den vom Staat gerufenen Soldaten „erstupft" und verwundet, und schließlich, dank ihrer, sagen wir, Gutmütigkeit, überliefern sie sich aufs neue dem Zentrum, das seine ganze politische Existenz auf der Reaktion und der eigennützigsten Streberei, kurz dem Volksverrat aufgebaut hat. Des Menschen Wille ist sein Himmelreich und wer nicht hören will, der wird fühlen.

Die Stichwahl in Schmalkalden-Eschwege findet am 14. März statt.

Im Reichstags-Wahlkreise Eisenach ist seitens der freisinnigen Volkspartei der Forstkommissar z. D. Cassel-mann als Kandidat aufgestellt worden.

Das Reichseisenbahnamt hat den Teilnehmern an der studentischen Huldigungsfahrt nach Friedrichsruh für die Zeit vom 31. März bis 3. April eine Fahrpreisermäßigung gewährt resp. versprochen, daß es bei den nichtpreußischen deutschen Eisenbahnverwaltungen entsprechende Fahrpreisermäßigungen vermitteln werde. — In solchem Falle darf allerdings nicht gekaufiert werden.

Die Strafen unserer Kollegen an unserm Bruderorgan, der Sächsischen Arbeiterzeitung, welche sich bekanntlich im vergangenen Jahre auf 4000 M. Geldstrafe und über 2 Jahre Gefängnis beliefen, geben der Bourgeoispresse Gelegenheit, dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß „noch weit schärfer zugegriffen werde, dann werde die Verhöhnung unserer Rechtsprechung schon aufhören". Am Ende kommen denn auch die Krallen zum Vorschein, denn man wünscht sich „Bestimmungen, die eine vorläufige Beschlagnahme solcher Organe ermöglichen". Haben denn die Herren das Sozialistengesetz mit seinen Verfolgungen, Konfiskationen, Ausweisungen 2c. und das Aufblühen unserer Partei während jener Zeit vergessen? Wir nicht. Und mancher unserer Genossen kann sich noch mit gehobenen Gefühlen jener Zeit erinnern, in welcher mit der Größe der Gefahr auch die Anerkennung wuchs, die der Opferwilligkeit gezollt wurde. Wenn sie wiederkommt — wir werden nicht am schlechtesten dabei fahren.

Der Lockspitzel v. Ungern-Sternberg, Lütticher Angedenkens, ist auf Reisen. Dem „falschen Baron", schreibt der Vorwärts, scheint die Schweiz, wohin die russische Regierung ihn zu seiner Erholung geschickt hat, zu klein geworden zu sein — er hat vorige Wochen einen Abstecher nach Frankreich gemacht und — durch ein wunderbares Zusammentreffen von Umständen ist ein Dynamitlager in der Nähe von Paris geplündert worden, während Herr Ungern-Sternberg seine Freunde auf der Pariser Polizeipräfektur und in der russischen Gesandtschaft besuchte. Den Lütticher Dynamitknallereien ging bekanntlich der Dynamitraub von Chevron voraus. In Paris wird es wohl nächstens nun auch knallen, damit der gesellschaftsretterische Polizei-Anarchismus, der seit der kläglichen Fahnenflucht des Sozialistentöters Casimir die Flügel betrübt hängen läßt, wieder etwas Lebensmut schöpfen kann.

Ausland.

Petersburg, 3. März. Es haben gestern im philologischen Institut Unruhen stattgefunden, welche das Einschreiten der bewaffneten Macht notwendig machten. — Eine vorgestern stattgehabte Versammlung von 1600 Studenten verlangte die Demission des Rektors. Der Rektor ermahnte die Studenten zur Ruhe, um einen Zusammenstoß mit dem Militär zu vermeiden.

Parteinachrichten.

— Gewerbegerichts-Wahl in Pforzheim. Bei der heutigen Gewerbegerichtswahl errangen wir einen glänzenden Sieg über die Christlich-Sozialen und ihre Anhänger. Auf unsere Kandidaten fielen 1648 und auf unsere Gegner bloß 160 Stimmen.

Soziale Uebersicht.

— Wie die kranke Proletarierin stirbt. Vom Tode jäh ereilt wurde am Sonnabend in Berlin in einem Bodenversteck des Hauses Lottumstraße 25, in dem sie genächtigt hatte, die 42 Jahre alte, aus Züllichau stammende Arbeiterin Marie Pohle. Die Verstorbene war vor einiger Zeit aus einem hiesigen Krankenhause entlassen worden und hatte seitdem eine Wohnung nicht besessen. Da die Todesursache nicht festgestellt werden konnte, hat die Polizei die Leiche beschlagnahmt.

— In der Geschützgießerei zu Spandau ist am 2. März 700 Arbeitern gekündigt worden; die Entlassung soll (dem „Anz. f. d. Havelland" zufolge) erst nach sechs Wochen erfolgen.

— „Werarbeiten will, findet überall Arbeit." Wie haltlos bei den heutigen Zuständen diese Phrase ist, ergiebt sich u. a. auch aus einer Zusammenstellung von Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften bei dem gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis der Bremer Innungen im Jahre 1894. Wir lassen die kleine lehrreiche Statistik folgen:

Name der Innung	Es sprachen an um Arbeit	erhielten Arbeit
Bauhütte	1474 {Maurer u. Zimmerer}	220
Tischler	3098	593
Schlosser	3038	97 (!)
Schmiede	947	85
Maler	660	81
Glaser	152	19
Stellmacher	346	17
Sattler und Tapezierer	576	25
Fleischer	559	265

Stadtverordneten-Sitzung

vom 4. März.

Vorsitzender Stadtv.-Vorsteher Dittenberger.

Eingegangen sind mehrere Vorlagen des Magistrats, unter welchen als die wesentlichste zu bezeichnen ein Antrag, betreffend den Vorbehalt, daß die Besetzung der Nachtwächterstellen durch Nachtpolizeiersegenten nur interweit durchgeführt werden soll, als Mittel hierzu vorhanden sind.

Eine Petition der Hausmänner an den städtischen Schulen, welche sich gegen eine Herabsetzung der an dieselben zu zahlenden Entschädigung für die tägliche Reinigung der Schulräume ausspricht und um Belassung bei den in der Magistratsvorlage enthaltenen Sätzen bittet, ist verspätet eingegangen, indem bereits in voriger Sitzung über die Entschädigungsart Beschluß gefaßt worden ist.

Der Vorsitzende wird bevollmächtigt, dem beurlaubten Stadtv. Jenysch, welcher demnächst seinen 80. Geburtstag erlebt, namens der Versammlung ein Glückwunschschreiben zu diesem Tage zu übersenden.

Die Lesung des Protokolls erfolgt durch den ersten Schriftführer, Stadtv. Schulze, da der Stadtsekretär infolge starken Katarrhs hieran behindert ist. Die Versammlung genehmigt das Protokoll, worauf in die Beratung der Tagesordnung eingetreten wird.

1. Es liegen vor die in letzter Sitzung in die Kommission für die Vorberatung des Lustbarkeitssteuer-Entwurfs behufs nochmaliger Durchberatung zurückverwiesenen §§ 1 und 4 desselben. (Siehe Nr. 49 und 50 des Volksblatt.) Referent Stadtv Billing führt aus: Da nach dem neuen Wortlaut des einleitenden § 1 auch die einem höheren Kunstinteresse dienenden Veranstaltungen der Besteuerung unterworfen werden, mußten außer § 4 auch die §§ 5 und 6 andere Fassung erhalten. § 4 erhält folgende Fassung:

a) für die Veranstaltung einer Theatervorstellung, bei welcher ein höheres Kunstinteresse vorliegt, 10 Mark (bisher nichts);

b) für die gewerbsmäßige Veranstaltung von Singspielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schaustellungen von Personen und theatralischen Vorstellungen, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder der Wissenschaft vorliegt, 20 M. (bisher 5—20 M.). Infolge eines Vermittelungsantrages des Stadtv. Heiser wird dieser Satz auf 15 M. ermäßigt.

c) für unentgeltliche Darbietungen der unter b genannten Leistungen, womit Vorträge auf dem Klavier, einem mechanischen oder auf andere Weise bewegten Musikwerke verknüpft sind — in Schankwirtschaften oder Vergnügungslokalen, in welchen aus sitten- oder ordnungspolizeilichen Gründen eine Beschränkung der Polizeistunde eingeführt ist, pro Tag 10 M.

§ 5 lautet: Für die Veranstaltung eines nicht unter § 4c fallenden Konzerts 5 M.

§ 6. Für das Halten eines Orchestrions in Schankwirtschaften oder öffentlichen Vergnügungslokalen, welche den in § 4c angeführten Beschränkungen nicht unterliegen, für je ¼ Jahr 15 M. (frühere Fassung 25 M.)

Stadtv. Nesse beantragt, die bereits in letzter Sitzung beschlossenen Sätze zu behalten und eine Abstufung derselben je nach dem erhobenen Eintrittsgeld zu beschließen. Stadtv. v. Holly will gerade die Klavier- und Gesangsvorträge in den niederen Kneipen treffen. Im Gegensatz zu dem Nesseschen Antrage betont er es als notwendig, daß gerade die gemeinen Kunstleistungen — Konzerte —, die in den niederen Kneipen geboten werden, je tiefer stehend, desto schärfer besteuert werden. Stadtv. Brinkmann verlangt, daß bei Aenderungen von so einschneidender Bedeutung den Stadtverordneten die Vorlage ordnungsmäßig im Druck unterbreitet werde. Beantragt Vertagung dieses Gegenstandes. Stadtv. Friedrich ist gleicher Meinung. Derselbe will keine Unterschiede in der Besteuerung. Die Kommission sei mit ihren Abänderungen zu weit gegangen. Auch habe die Kommission nicht einmal den Stadtv. Freyberg zu diesen Beratungen herangezogen.

Stadtv. Paul erklärt, daß der Grundgedanke in voriger Sitzung bei der Abstimmung der gewesen sei, daß das Vergnügen der armen Leute nicht höher besteuert werde, als das der wohlhabenden, die viel für ihre Genüsse aufzuwenden vermögen, und wünscht, daß die Bevorzugung des höheren Kunstinteresses überhaupt bei dieser Steuer in Fortfall käme. Die Stadtv. Nesse und Schmidt verweisen auf den Rückgang des Verkehrs in Leipzig infolge der Beschränkungen der Volksbelustigungen. Jetzt versuche man alles Mögliche, um den Fremden-Verkehr in Leipzig wieder zu heben. Auch Stadtv. Klinckhardt warnt davor, den Bogen allzu straff zu spannen.

Stadtv. Brinkmann will die Klausel „höheres Kunstinteresse" aus den Absätzen a und c des § 4 gestrichen haben. Stadtrat v. Holly bemerkt, daß gerade die Lustbarkeits Steuer am leichtesten eingehe. Im Monat Februar d. J. ist gerade das Doppelte eingegangen von dem Betrage des Vorjahres. Aus den Auslassungen des Bürgermeister Schmidt erhellt, daß Vorlesungen (Rezitationen) steuerfrei bleiben.

Die obige Fassung der benannten Paragraphen wird angenommen.

Dem Theaterpächter Rudolph soll auf die Dauer seines bis zum 15. September 1896 laufenden Vertrages die Pacht in Höhe des nach dem neuen Lustbarkeitssteuer-Entwurf zu entrichtenden Steuerbetrages nachgelassen werden.

Die Beratung dieser Abänderungen hat einen Zeitraum von 1½ Stunden gefüllt.

2. Behufs besserer Isolierung der oberen Kühlräume von den im Erdgeschoß des Kühlhauses auf dem Schlachthofe befindlichen, durch dessen Oberlichtfenster Wärme in ersteren sich verbreitet, soll eine Verpundung derselben ausgeführt werden. Die hierzu erforderliche Kostensumme von 450 M. wird bewilligt. Ref. Stadtv. Heiser.

3. Die Beschaffung einer neuen Gebäudesteuer-Rolle und einer neuen Grundsteuer Mutterrolle wird beschlossen und die Kostensumme von 600 M. hierfür bewilligt. Ref. Stadtv. Apelt.

4. Aus dem Grundstück des Oekonomen Fuß hierselbst werden außer den bereits für die hallesche Hafenbahn entnommenen 12 Ar 68 Quadratmeter weitere 4 Ar zu Eigentum aufgelassen unter der Bedingung, daß die Gesellschaft sich verpflichtet zur schuld- und kostenfreien Auflassung dieses Grund und Bodens bei etwaigem Rückerwerb desselben durch die Stadt. Ref. Stadtv. Steinhauf.

5. Die von dem 1. Taxator des Leihamts zu bestellende Kaution ist auf 500 M. bemessen worden. Ref. Stadtv. Apelt.

6. Zum Zwecke der Ausführung der Erdarbeiten für die am Riebeck Stift einzurichtende Parkanlage beantragt Magistrat 48 000 M. Der Referent Stadtv. Brünecke empfiehlt die Bewilligung dieser Summe, von welcher erforderlich sind 45 000 M. zu den Erdbewegungen und 3000 M. zur Drainierung des Parkterrains wegen seiner abschüssigen Lage. Stadtv. Friedrich bemängelt die großen Rasenflächen, die schattenlosen Wege und die ungeeignete Menge derselben und bedauert das Fehlen eines Weihers in dieser Parkanlage. Stadtv. Fölsche beantragt, Wege von 5—6 Meter Breite anzulegen, ebenso anstatt einer einzigen kunstvoll konstruierten Laube (für den hohen Betrag von zirka 2800 M.) lieber eine Anzahl einfacher an verschiedenen Stellen des Parkes zu errichten. Der Antrag des Magistrats wird mit dem Teile des Friedrichschen, welcher von der Vermehrung der Wege und der Baumanpflanzungen handelt, angenommen.

Die Punkte 7 bis 13 fallen aus.

14. Der Entwurf einer Einkommensteuer-Ordnung der Stadtgemeinde Halle a. S. wird genehmigt. Ref. Stadtv. Steckner. Der nahezu 30 Paragraphen enthaltende Entwurf wird schnell verlesen. Da hierfür, noch für die folgenden beiden Punkte 15 und 21 Unterlagen für die Berichterstattung zur Stelle waren, konnte von denselben keine Notiz genommen werden.

15. Ein Nachtrag zum Hundesteuer Regulativ wird angenommen. Der Referent Stadtv. Herzfeld ist am Berichterstatterplatz absolut nicht zu verstehen. Aus der Diskussion ist zu entnehmen, daß den Personen, deren Einkommen die Summe von 3000 M. übersteigt, Steuerfreiheit für 1 Zughund nicht mehr gewährt werden soll.

Die Punkte 16 bis 20 fallen aus.

21. Der Entwurf einer Steuerordnung (Grundsteuer) der Stadtgemeinde Halle wird mit den Abänderungen der F. K. genehmigt. Ref. Stadtv. Herzfeld. Für diesen Punkt gilt das bei 14. und 15. Gesagte gleichfalls.

Die Punkte 22 bis 24 fallen aus, ebenso die geschlossene Sitzung. Schluß der Sitzung ½9 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 5 März.

Die Ventilation der überhitzten Gallerie im Stadtverordnetensaale erfolgt auf dem natürlichsten Wege — durch Offenstehenlassen der Eingangsthür —, der einzigen rückwärtigen Oeffnung des der „Bürgerschaft" Halle's und den sonstigen Besuchern der Ratssitzungen „gewidmeten" Raumes. Ist diese Ventilationsmethode auch nicht gerade rücksichtsvoll, so ist sie doch immerhin eine gründliche und für die krampfhaft eingezwängten Beine sowie für die von den Gühlichtern erhitzten Augen der Berichterstatter äußerst „sanitär" wirkende. — „Vorsicht ist die Mutter der Weisheit" — da gestern die Sonne freundlich den Marktplatz und die Rathausfaçade bestrahlte und der Saal des prächtigen Ratskellergebäudes in diesem reflektierten Sonnenlicht erstrahlte, waren die Gühlichter an den Berichterstatterplätzen und die der anderen beiden Gallerieböger bereits vor Beginn der Sitzung entzündet — um nicht die von grausiger Finsternis strotzenden Schlünde der „Loggien" in ihren wahren Vorzügen den obengenannten Besuchern zu verraten.

Auf die Ermittelung derjenigen, welche den Förster Rabe um sein Augenlicht gebracht haben ist jetzt, worauf auch an anderer Stelle hingewiesen, eine Belohnung von 1000 M. gesetzt.

Die Hallesche Maschinenfabrik und Eisengießerei wird für das vergangene Geschäftsjahr aus einem Ueberschuß von 630 463 M. nach einem Aufsichtsratsbeschluß an ihre Aktionäre (nicht an die Arbeiter) 28 Prozent Dividende verteilen. Segen ist der Mühe Preis!

Die Notiz „Ein Proletarier der Kunst" in Nr. 37 des Volksblatt betreffend, wird uns von eingeweihter Seite zur besseren Information unserer Leser mitgeteilt, daß die finanziellen Angelegenheiten des verstorbenen Chorsten Herrn Paul Wimmer nachträglich nach jeder Seite geregelt sind. Von einem dem Verstorbenen aus der Kasse des Allgemeinen deutschen Chorsängerverbands, deren Mitglied er war, zustehenden Sterbegeld von 250 M. konnten sämtliche Verpflichtungen des Herrn W. gedeckt, auch seiner Wirtin ein Geschenk übermittelt, und dann noch 100 M. dem Vater desselben überwiesen werden.

Die Anklagen gegen 21 Mitglieder des hiesigen kommunistischen Klubs sind nach neuerdings an uns gelangten Mitteilungen sämtlich niedergeschlagen.

Eine miserable Behandlung erfuhr heute früh in der oberen Schulstraße ein vor einem Achenwagen, welcher den Namen Bolze trug, gespanntes Pferd, indem dasselbe infolge der Glätte gestürzt war und nun durch Fußtritte und Peitschenhiebe auf den Kopf zum Aufstehen veranlaßt wurde. Selbstverständlich nicht diese Behandlung, sondern die Mithilfe einiger Passanten brachte das arme Tier wieder auf die Beine.

Ueberproduktion an Geistlichen. Zu einer Hilfspredigerstelle, die hierselbst an der Glauchaischen Kirche frei wird, haben sich nicht weniger als 33 Bewerber gemeldet, von denen nur zur Probepredigt zugelassen werden. Die meisten der Reflektanten haben schon das zweite Examen hinter sich, befinden sich also in einem Alter, bei welchem man, falls das weibliche Geschlecht in Frage käme, sagen würde: Es wird Zeit, daß sie unter die Haube kommen! Nun, hoffentlich sind die Herren in ihrem Geschäft auch für eine „weltliche" Thätigkeit brauchbar geblieben. Man sieht aber, daß es nicht so leicht ist, Diener Gottes auf Erden zu werden.

Vor dem Schwurgericht wird morgen (Mittwoch) verhandelt wider den Kaufmann Paul Krüger aus Halle wegen Betrugs in 7 Fällen und betrüglichen Bankrotts.

Kaum glaublich. Von einem Soldaten, der aber einer auswärtigen Garnison angehört, soll am Sonntag abend in der Zwingerstraße eine Schuhmachersfrau mit dem Seitengewehr über den Kopf gehauen worden sein, daß das linke Ohr erheblich verletzt wurde. Dem Militarismus sähe die That ja ähnlich, wenn es sich nicht um eine Frauensperson handelte.

Blutige Köpfe setzte es, ebenfalls in der Zwingerstraße, in der Nacht zum Montag zwischen einigen jungen Burschen, wobei die Polizei einschreiten mußte.

Von einem Eisenbahnwagen gestürzt ist gestern früh auf dem hiesigen Bahnhofe der Bahnarbeiter K. Da er mit dem Gemächt auf die Verkuppelung zweier Wagen fiel und erheblichen Schaden erlitt, so mußte seine Ueberführung in die Klinik erfolgen.

Uthleben bei Nordhausen. Einen gefährlichen Fund machte in vergangener Woche der Bahnarbeiter T. auf dem Nordhauser Bahnhofe, indem er zwischen den Kohlen eine Blechbüchse fand und dieselbe mit nach Hause nahm. Ein Sohn des Finders ging mit der Büchse in die Dorfschmiede, um das Ding öffnen zu lassen, wobei aber der Inhalt explodierte und dem daran beschäftigten Schmiedegesellen die linke Hand, sowie von der rechten das erste Glied des Daumens abriß. Auch der Ueberbringer wurde verletzt, und das Gebäude erlitt erheblichen Schaden. Ob die eingeleitete Untersuchung Licht in die Sache bringen wird, bleibt abzuwarten.

Aus dem Gerichtssaal.

Halle, 4. März. Heute begann am hiesigen Landgericht die 2. diesjährige Schwurgerichtsperiode. Den Vorsitz führt der Landgerichtsrat Ebbecke. Als Beisitzer fungieren die Herren Landgerichtsrat Knibbe und Landgerichts-Assessor Ramdohr. Die Staatsanwaltschaft ist vertreten durch den Herrn Ersten Staatsanwalt Götze, während als Gerichtsschreiber Herr Referendar Dr. Brecher fungiert. Nach Auslosung der Geschworenen wurde heute zuerst verhandelt gegen den Handarbeiter Friedrich Wilhelm Karl Bierende aus Gutenberg, geb. zu Sennewitz, 24 Jahre alt, welcher der versuchten Notzucht, begangen an einem 15jährigen Mädchen am 3. Juni v. J. auf dem Wege von Groitzsch nach Mork, beschuldigt wurde. Die Verhandlung entzog sich der Oeffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte des erwähnten Verbrechens für schuldig befunden und deshalb unter Zubilligung mildernder Umstände zu 9 Monaten Gefängnis nebst 2 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. Beantragt waren 1 Jahr 6 Monate Gefängnis mit Nebenstrafen. — Zur zweiten Sache wurde als Angeklagter aus der Untersuchungshaft vorgeführt der Maurer und Handarbeiter August Gneist aus Mork, verheiratet und Vater von 6 Kindern. Der Angeklagte, vorbestraft wegen Körperverletzung mit 6 Monaten Gefängnis, stand wegen unberechtigten gewerbsmäßigen Jagens, Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens, versuchten Todschlags und gewaltsamen Widerstandes gegen einen Jagdberechtigten unter Anklage. Am Nachmittag des 24. November v. J., zwischen 4 und 5 Uhr, gewahrte der Jagdaufseher Ernst Rother auf dem Jagdreviere des Amtsrats Nagel (Franzigker Feldflur) einen ihm der Wilddieberei verdächtigen Mann, der, als sich R. ihm näherte, ein Gewehr zusammenlegte und es unter seinem Ueberzieher versteckte. Rother begab sich nach seiner in unmittelbarer Nähe gelegenen Wohnung, um einen Stock zu holen und begegnete dabei dem zufällig die Flur durchreitenden Domänninspektor Harz, welchem er von seiner Wahrnehmung Mitteilung machte, worauf beide Personen die Verfolgung des Wilddiebes aufnahmen. Rother ging voraus und erblickte den bereits aus dem Gesichtskreise verlorenen Wilddieb wieder in dem Grenzgraben von Mork und der Franzigker Flur. Als der Verfolgte aber bemerkte, daß sich ihm zwei Personen näherten, versuchte er durch die Brachwitzer Flur zu entkommen. Er wurde von Rother aber eingeholt und wegen seines Verweilens auf der Flur zur Rede gesetzt. Der Verfolgte erklärte dann, er (R.) möchte ihn doch gehen lassen, da er kein Nachbar sei, worauf R. erwiderte: Das Gewehr geben Sie doch aber mir, und versuchte, den Wilddieb zu ergreifen, wurde von selbigem aber zur Seite gestoßen mit den Worten: „Das giebt's nicht". Auf einen Wink von R. kam dann der Inspektor Harz heangeritten, was zur Folge hatte, daß der Wilddieb mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950306-13/fragment/page=0003

seinem nunmehr schußbereit gemachten Gewehr seine Verfolger mit den Worten: „Zurück, sonst schieße ich!" abzuschrecken versuchte. Der Inspektor Harz nahm die Drohung aber nicht ernst und ermutigte den R. noch zum Vorgehen gegen den Wilddieb. Als R. sich aber dem letzteren auf 4—5 Schritt genähert hatte, gab der Wilddieb einen Schuß ab, welcher dem R. dicht am linken Ohre vorbeiging, jedoch glücklicherweise nicht traf. Inspektor H. stieg nun von seinem Pferde, während R. seinen Gegner eingeholt und zu Boden geworfen hatte. Nach längerem harten Kampfe gelang es schließlich den beiden Personen, den Wilddieb zu überwältigen und ihm das Gewehr zu entreißen. Anfangs ergab sich letzterer auch in seine Festnahme und ging ruhig nach Trotha zu mit. Als der Festgenommene und seine Begleiter jedoch in die Nähe der Berge kamen, benutzte ersterer einen günstigen Augenblick, um sich von Rother, der ihn am Rock gefaßt hatte, loszureißen und, da seine Verfolger ihm nicht so schnell nachkommen konnten, in die Berge zu entfliehen. Zwar wurde er dort auch wieder aufgespürt und von dem Inspektor zu Pferde schließlich eingeholt und gestellt. Der Wilddieb griff jedoch nach Steinen und warf nach dem Inspektor mit den Worten: „Wenn Du herankommst, schmeiße ich Dich tot!" Rother riet schließlich, von der Verfolgung des Wilddiebes Abstand zu nehmen mit dem Bedeuten, er kenne selbigen: „Es ist Gneist". Der Inspektor setzte letzterem aber immer wieder nach, bis der Verfolgte schließlich in die Brachwitzer Steinbrüche hinunterkletterte, wo er sich in einem Schlupfwinkel der Ergreifung entziehen konnte. Der Gendarm Bock, welcher den Gneist bezüglich der Wilddieberei schon längere Zeit in Verdacht hatte, nahm am Tage nach der That eine Haussuchung bei G. vor und fand Patronen mit Blei und Schrot, sowie ein Teschin und einen Korb nebst Säcken mit Blutspuren und Haaren von Hasen. Der Angeklagte bestritt, der Thäter gewesen zu sein und meinte, der Inspektor Harz, sowie der Aufseher Rother müßten sich in seiner Person getäuscht haben. Er bestritt ebenfalls, gewerbsmäßig auf den Anstand gegangen zu sein und versuchte, einen Alibibeweis zu erbringen. Die Beweisaufnahme fiel aber für den Angeklagten, der von den Zeugen Harz und Rother mit Bestimmtheit als der Thäter rekognosziert wurde, sehr ungünstig aus. Verdächtig war für den Angeklagten die bei der That gethane Aeußerung, Rothers Nachbar zu sein, da er in Wirklichkeit dicht neben Rother wohnt und sich dort nur zwei Wohngebäude befinden. Auffällig erschien es auch, daß sich Angeklagter kurz nach der That seinen Schnurrbart abnehmen ließ. Bezüglich der Frage, ob der Angeklagte gewerbsmäßig gejagt, bekundete der Zeuge Maurer Karl Hummel (früher Hauswirt des Angeklagten), öfter Wahrnehmungen bei dem Angeklagten gemacht zu haben, die darauf hindeuteten, daß G. ein gewerbsmäßiger Wilddieb sei. Nach Bekanntgabe der Schuldfragen beantragte die Staatsanwaltschaft, den Angeklagten in vollem Umfange schuldig zu sprechen, damit dem Treiben der Leute vom Schlage des Angeklagten ein Riegel vorgeschoben werde. Der Staatsanwalt erwähnte auch den Fall des Försters Rabe und bemerkte, daß auf die Ergreifung der Thäter, die dem letztgenannten die Augen ausgeschossen haben, seitens des Justizministers eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt worden, wodurch es hoffentlich möglich sein werde, die Verbrecher dingfest zu machen. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts schuldig, worauf eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren mit Ehrverlust von gleicher Dauer sowie Einziehung des Gewehres beantragt wurde. Das Urteil lautete auf 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Einziehung der bei der Strafthat gebrauchten Munitionen. Auch wurde gegen den Angeklagten auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Aus dem Reiche.

Berlin, 2. März. Ueber das Verschwinden einer Millionärstochter sollen am gestrigen Tage im Westen der Stadt verschiedenartige Gerüchte in Umlauf gewesen sein. Die 18jährige Tochter eines Kommerzienrats soll plötzlich vermißt worden sein, so daß die hierüber in Besorgnis geratenen Eltern die Hilfe der Polizei in Anspruch nahmen. Das ist alles, was die betreffende Korrespondenz zu berichten weiß, wobei sie hinzufügt, daß alle privaten Nachforschungen in dieser Affaire strengster Verschwiegenheit begegnen. — Wer weiß, welches Geschwür da seiner Reife entgegengeht.

Berlin. Die auch unsererseits im Leitartikel der Sonntags-Nummer besprochene Castansche Sittlichkeits Angelegenheit betr., erfährt jetzt die Post aus zuverlässiger Quelle, daß der erste Staatsanwalt am Landgericht I, welcher nach der bestehenden Geschäftsverteilung die Sache nicht selbst bearbeitet, sondern von der Sachlage erst durch die Tagespresse Kenntnis erlangte, sofort Veranlassung genommen hat, im Aufsichtswege die Wiederaufnahme der Untersuchung und die Anstellung weiterer Ermittelungen behufs vollständiger Feststellung des Thatbestandes anzuordnen.

Berlin. Die Verhandlung gegen den Zeremonienmeister v. Kotze, welcher bekanntlich wegen Schreibens anonymer Briefe vor ein Kriegsgericht gestellt ist, wird am nächsten Donnerstag beginnen. Es sind drei Verhandlungstage in Aussicht genommen.

Berlin. Der für gestern angesetzte Beginn eines neuen Schwurgerichts-Abschnitts mußte wieder aufgehoben und die Termine vertagt werden, da die Influenza, welche gegenwärtig in der Reichshauptstadt grassiert, sieben der einberufenen Geschworenen am Erscheinen hinderte und die nötige Anzahl Ersatzgeschworenen nicht beschafft werden konnte.

Der Buchhalter der Bismarck'schen Gutsverwaltung in Schönhausen a. d. E. und Sekretär der Bismarckstiftung, ein 60 Jahre alter Herr Fritze, welcher in den letzten Tagen einen Abstecher nach Berlin unternahm, ist seitdem verschwunden.

Leipzig, 4. März. Vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenate des Reichsgerichts fand heute der Spionageprozeß gegen den Anstreicher Friedrich Adolf Bruno Hemprich aus Zittau statt. Die Anklage vertrat Herr Reichsanwalt Schumann. Als Sachverständiger war erschienen Herr Oberstleutnant im königl sächsischen Generalstabe Freiherr von Friesen, während als Zeugen auftraten der vormalige Zahlmeister-Aspirant Friedrich Otto Hemprich (Bruder des Angeklagten), jetzt Zuchthausgefangener in Waldheim, der ehemalige Zahlmeister Aspirant Ernst Richard Auerswald, jetzt Strafgefangener im Festungsgefängnis zu Dresden, Zahlmeister-Aspirant Max Richter aus Chemnitz und Divisions Auditeur Sturm aus Dresden. — Sogleich nach dem Aufruf der Zeugen stellte der Reichsanwalt den Antrag, die Oeffentlichkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung aus Gründen der Staatssicherheit auszuschließen. Der Gerichtshof entsprach sodann diesem Antrage. Das Urteil wurde um 1 Uhr verkündet. Der Angeklagte wurde wegen Beihilfe zum Versuche des Verrats militärischer Geheimnisse zu 9 Monaten Gefängnis und einem Jahre Ehrverlust verurteilt. Sein bereits vom Militärgericht verurteilter Bruder hatte von Frankreich aus an ihn Briefe gesandt, in denen die Adressaten um Uebermittelung geheimer Nachrichten über neue Gewehre und Geschützmunition ersucht wurden. In der Weitergabe dieser Briefe wurde die Strafthat erblickt.

Die Dresdner Zeitungsträger vor dem sächsischen Oberlandesgericht. Etwa 40 Dresdener Parteigenossen waren, wie sich unsere Leser entsinnen werden, wegen der Verbreitung der Boykottnummer (Boykott der Dresdener Waldschlößchen-Brauerei) vom Dresdener Schöffengericht seinerzeit zu je 40 M. Geldstrafe verurteilt worden. Das Landgericht bestätigte das erstinstanzliche Urteil und jetzt hat nun auch das sächs. Oberlandesgericht die eingelegte Revision verworfen.

Reichenbach i. V. Um die Gefahren, die durch Einschleppung von Krankheiten durch die sogen. „Sachsengänger" entstehen könnten, möglichst zu verringern, beschloß jüngst die Stadtverordnetenversammlung hierselbst, daß jeder fremdländische Arbeiter (es kommen hier in erster Linie böhmische Maurer und Erdarbeiter, sowie böhmische Handlangerinnen und Ziegelträger in Frage) ein Zeugnis über erfolgte Impfung, die im Laufe der letzten zehn Jahre stattgefunden haben muß, beizubringen hat. Fehlt dieses Zeugnis, so hat der sich anmeldende Fremdling 1 M. zu entrichten und wird dafür nochmals geimpft — Wenn weiter nichts dabei erzielt wird, so springt doch für die Aerzte etwas heraus.

Meiningen, 3. März. Unter ungeheurem Andrang des Publikums fand vor dem hiesigen Schwurgericht die Verhandlung gegen den 28jährigen Landwirt Heinrich Müller von Stepfershausen wegen Mordes und gegen den 12jährigen Schulknaben Röder ebendaher wegen Beihilfe zum Morde statt. Im vorigen Oktober hatte Müller auf der Straße zwischen Stepfershausen und Bettenhausen den Handelsmann Nußbaum von Bettenhausen, welcher von Müller eine Schuld von 218 M. eingeklagt hatte, mit einer Heugabel angefallen, wobei er ausrutschte und niederstürzte. In Notwehr packte Nußbaum den Müller und würgte ihn zu Boden. In dieser Lage rief Müller den Röder zu Hilfe und forderte dessen Messer. Letzterer öffnete rasch sein Taschenmesser und gab es Müller. Dieser stach nun auf Nußbaum ein, infolgedessen Nußbaum von ihm abließ und entfloh. Nunmehr zog Müller einen geladenen Revolver, lief dem schreienden Nußbaum nach und schoß ihn zweimal in den Kopf, worauf dieser tot niederstürzte. Der Staatsanwalt kam zu der Annahme, daß ein Mordversuch, der Angriff mit der Heugabel, vorliege und von da an der Angeklagte nicht mehr die zum Morde nötige Ueberlegung gehabt, die Tötung Nußbaums somit als Todschlag anzusehen sei. Die Geschworenen sprachen Müller des versuchten Mordes und des vollendeten Todschlags schuldig und lautete das Urteil auf 12 Jahre Zuchthaus. Röder wurde freigesprochen, da die Geschworenen annahmen, daß er die erforderliche Einsicht bei Verübung seiner Strafthat nicht besessen habe. — Der wegen Raubmordes zum Tode verurteilte Landwirt Walter von Meschenbach wurde vom Herzog zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

In Posen hat der Militarismus wieder ein unnötiges Opfer gefordert. Bei einer Uebung der 6. Kompagnie des 47. Inf.-Regiments ging beim Entladen der Gewehre einem im zweiten Gliede stehenden Soldaten die Ladung der Platzpatrone los, deren Holzgeschoß dem im ersten Gliede stehenden Gefreiten Dopschall ins Genick drang. Der Schwerverletzte wurde sofort in das Garnisonlazaret übergeführt, wo er bald darauf verstarb.

Vermischtes.

* **Einhundertundzehn Mark Pension pro Woche** nimmt ein Lehrer einer großen staatlichen Militärerziehungsanstalt für Kinder, die ihm einige Wochen vor Abhaltung des Aufnahme-Examens anvertraut werden. Der Herr verschafft sich damit eine sehr hübsche Nebeneinnahme, die Eltern zahlen aber wohl oder übel, weil natürlich die Chancen für das Bestehen des Examens auf diese Weise wachsen. — — —

* **Erstickt.** Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich in Murtz bei Schwetz zugetragen. Bei dem Käthner Johann Kulczik I. wurde eine Hochzeit gefeiert. Während die Hochzeitsgäste im Kruge tanzten, erstickten in der Wohnung des Einwohners Johann Nawrotzki (die Mutter und die drei ältesten Kinder vergnügten sich im Gasthause, der Vater verbüßt eine Gefängnisstrafe von drei Monaten in Kulm) vier Kinder im Alter von $\frac{1}{2}$ bis 6 Jahren an Kohlengas. Alle Wiederbelebungsversuche, die der Lehrer des Ortes sofort anstellte, waren vergeblich.

* **Ueber einen Betriebsunfall** mit furchtbaren Folgen berichten Wiener Blätter: In dem Orte Itzkany auf rumänischem Boden fand in einer Brennerei eine Kesselexplosion statt. Die Decke des Kesselhauses barst und viele Arbeiter, welche in dem ersten Stockwerke schliefen, fielen in den brennenden Kessel. Zwölf Arbeiter wurden getötet, mehrere andere schwer verletzt.

* **Die Einführung neuer Steuern** ist in Rußland ein schwieriges Ding, wie folgender Vorfall zeigt: Der Zündholzfabrikant Lukkimacher in Odessa hat es vorgezogen, lieber seinen ganzen Warenvorrat — 31 Millionen Streichhölzer — zu verbrennen als die neue Steuer auf Phosphor zu bezahlen. Da ist man in Deutschland doch viel gehorsamer.

* **Einzig in seiner Art** dürfte ein Fall dastehen, den ein mennonitischer Soldat bei dem Kaiser Alexander Regiment hervorgerufen hat. Der elsässische Rekrut Tröhner wurde im Herbst vorigen Jahres bei der neunten Kompagnie des Regiments eingestellt. Die Sekte der Mennoniten verwirft den Eid und den Krieg und erlangte im Jahre 1802 die Befreiung vom Soldateneid. Doch wurde die Befreiung vom Militär durch die norddeutsche Bundesverfassung im Jahre 1867 wieder aufgehoben. Bei der Vereidigung machte Tröhner schon Schwierigkeiten. Als aber den Rekruten zu ihrer Ausbildung später die Gewehre übergeben wurden, weigerte sich der Mennonit, das seinige anzunehmen, weil er den Gebrauch der Waffe als mit seiner Religion nicht vereinbar erachtet. Die Folge war, daß er wegen Gehorsamsverweigerung nach etwa vierzehntägiger Untersuchungshaft mit zwei Monaten Festungsarbeit bestraft wurde. Am Sonnabend war die Zeit abgelaufen, und T. wurde wieder in den Truppenteil eingestellt. — Heute morgen wurde ein Soldat der 9. Kompagnie des Regiments von einem Unteroffizier in das Militärarresthaus eingeliefert. Es war wiederum der Mennonit. Als nämlich die Korporalschaft, zu der er gehörte, angetreten war, wurde T. von dem Kompagniechef persönlich gefragt, ob er jetzt das Gewehr annehmen wolle. Seine Antwort lautete: „Nein, Herr Hauptmann." Der widerspenstige Soldat wurde nun wiederum in Untersuchungshaft abgeführt und sieht seiner neuen Bestrafung entgegen. — (In früheren ähnlichen Fällen wurden, so viel bekannt, die Mennoniten als Krankenwärter beschäftigt.)

Briefkasten der Redaktion.

G. H. Nach § 715 der Zivil-Prozeß Ordnung sind die Kleidungsstücke, die Betten, das Haus- und Küchengerät, soweit diese Gegenstände für den Schuldner und seine Familie nebst Gesinde unentbehrlich sind, sowie die für den Schuldner und seinen Hausstand auf zwei Wochen erforderlichen Nahrungs- und Feuerungsmittel der Pfändung nicht unterworfen. An weiterem Besitz des Mieters hat bei eventuell rückständigen Mietezahlungen der Hauswirt ein Zugriffsrecht.

Quittung.

1 M. am Kartentisch von den 6 Gaunern und Krawall Brüdern A. Ko. erhalten. Paul Böttcher.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, den 4. März.

Aufgeboten: Der Gärtner Franz Block und Auguste Plautz (Ludwigstraße 24 und Taubenstraße 17). Der Kaufmann Friedrich Ehlers und Anna Schmidt (Hildesheim und Schwetschkestraße 35). Der Lehrer Ewald Häner und Antonie Moßler (Halle und Deutsch-Wilmersdorf). Der Kesselheizer Franz Hey und Anna Altner (Halle und Trotha).

Eheschließung: Der Schuhmacher Karl Silberberg und Lina Mittag (Gartengasse 6 und Sternstraße 1).

Geboren: Dem chirurg. Instrumentenmacher Emil Juckel eine T., Bertha Frieda (Augustastraße 12). Dem Zimmermann Albert Dreßler eine T., Friederike Else (Kapellengasse 7). Dem Gärtner Paul Schäfer ein S., Albert Gustav (Ludwigstraße 20). Dem Handarbeiter Hermann Taubert eine T., Minna Hedwig (Freudenplan 3). Dem Klavierlehrer Daniel Kruse ein S., Karl Fritz (Gartengasse 5). Dem Techniker Gustav Villaret ein S., Johannes Ernst Otto (Merseburgerstraße 19). Dem Schmied Franz Werner eine T., Friederike Amalie Ida (Charlottenstraße 14). Dem Schlosser Hermann Bestehorn ein S., Hermann Fritz (große Brauhausstraße 1). Dem Sattlermeister Otto Vogel eine T., Martha Anna (Landwehrstraße 15). Dem Fabrikarbeiter Richard Gebhardt ein S., Arthur Kurt (Thomasiusstraße 32). Dem Schlosser Franz Kupfer eine T., Wilhelmine Marie Elsbeth (kleine Klausstraße 5). Dem Kesselschmied Georg Dinges ein S., Bruno (Schmiedstraße 29). Dem Oberkellner Wilhelm Hirschfeld eine T., Ida Helene Else (Breitestraße 9). Dem Desinfektor August Wöhlmann ein S., August Kurt (Mansfelderstraße 22).

Gestorben: Des Maurer Otto Kunze S., totgeb. (Landwehrstraße 3). Des Stellmacher Hermann Schumann S. Max 11 M. (Albrechtstraße 25). Der Schuhmachermeister Karl Leutefeld, 62 J. (Diakonissenhaus). Der Fabrikbesitzer Bernhard Most, 58 J. (Marienstraße 26). Des Schneider Otto Gille T. Frieda, 9 M. (Brüderstraße 3). Luise Achilles, 62 J. (Fritz Reuterstraße 10). Des Buchhalter Wilhelm Thiel S. Wilfried, 9 M. (große Steinstraße 12). Des Modelltischler Karl Walther T. Antonie, 1 J. (Südstraße 4). Des Fleischer August Hoffmann S. Karl, 1 M. (Hochstraße 19). Des Maurer Albert Barth T. Martha, 2 J. (Feldstraße 10). Des Bremser Robert Spohn Ehefrau Elisabeth geb. Walther, 31 J. (Thomasiusstraße 31). Der Rechtsanwalt und Notar Emil Borrkamm, 34 J. (Diakonissenhaus). Amalie Drescher, 61 J. (Mansfelderstraße 13). Des Bahnarbeiter Otto Schuster T. Marie, 3 M. (Ackerstraße 4). Des Tischler Max Angermann S. Karl, 1 J. (Gerberstraße 7).

Für die Redaktion verantwortlich: F. Schneckenburger in Halle.

Lampenschirme und Küchenstreifen
— neueste Muster — größte Auswahl. —
Zu haben in der **Volksbuchhandlung.**

Roman-Bibliothek
für das werkthätige Volk.
Dieselbe ist nur für das werkthätige Volk geschrieben, soll den Volksdichtern die Bahn brechen und ihre Erzählungen zu den deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen tragen.
Vollständig ist die erste Serie in 60 Heften à 10 ₰ oder in 12 Bänden à 60 ₰ zu haben in der **Volksbuchhandlung**, Bölbergasse 1.
Bestellungen nehmen die Expedienten des Volksblatt entgegen.

Illustrierte Weltgeschichte für das Volk
mit besonderer Berücksichtigung der Kulturentwickelung
von J. G. Voigt.
In Heften à 10 Pf., à Band 5.50 Mk. zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Bölbergasse 1.
Bestellungen nehmen die Expedienten des Volksblatt entgegen.

Malerlehrling
sucht **P. Berbig,** Thorstr. 20.

Geübte Schneiderin empfiehlt sich Merseburg, Winkel 4.

Hobelbank für 9 ℳ zu verkaufen Schillerstraße 44, II r.

Waschgefäße billig zu verkaufen **Albrechtstr. 23.**

Sehr gut nähende **Singernähmaschine** verkaufe unter 2jähr. **Garantie** für 25 ℳ Brandenburgerstr. 11, I l.

Ein großer Schafbock zu verkaufen. Kellnerstraße 11 beim Hausm.

Fast neuer Küchentisch billig zu verkaufen Beesenerstraße 4, H. II r.

Kinderwagen billig zu verkaufen Burgstraße 35.

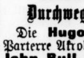
Meyers Lexikon,
17 Bände, vollständig neu, für 90 ℳ sof. zu verkaufen. Off. unt. **211** an d. Exp.

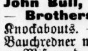
Schöner Plattmönch zu verkaufen Kellnerstraße 11, Hausmann.

Stadt-Theater in Halle.
Mittwoch den 6. März.
162. Vorst. 124. Ab. Vorst. Farbe: **gelb.**
Zum letztenmale:
Madame Sans-Gêne.
Lustspiel in 4 Akten von V. Sardou.

Donnerstag den 7. März.
163. Vorst. 125. Ab.-Vorst. Farbe: **weiß.**
Macbeth.
Trauerspiel in 5 Akten v. W. Shakespeare.

Walhalla-Theater.
Direktion: **Richard Huber.**
Durchweg neuer Spielplan!
Die **Hugoston-Truppe,** Elite-Parterre Akrobaten. — Die Gesellschaft **John Bull,** Pantomimen-Darsteller. — **Brothers Sam** und **Freddy,** Knockabouts. — Herr **Paul Carro,** Bauchredner mit automatischen Figuren. — Miß und Mr. **Charles Paule,** Grotesk-Gesangs und Tanz Duettisten. — Miß **Nellie,** Verwandlungstänzerin. — Fräulein **Lilly Wallau,** Kostüm-Soubrette. Herr **Max Frey,** Gesangs und Charakter Humorist.
Beginn 8 Uhr. Ende 11 Uhr.


Mittwoch
Schlachtefest.
Alb. Streuber
Thomasiusstraße 36.


Mittwoch
Schlachtefest.
Früh 8 Uhr: Wellfleisch.
Karl Hildebrand, Saalberg 2.

Wer Verdruss
hat mit seiner Uhr, wende sich gleich an
A. Sparmann's
Größtes bestrenommiertes Spezial-Geschäft,
Wuchererstr. 3, neb. d. landw. Institut.
Preise ohne Konkurrenz.
Nachweislich größte Reparaturwerkstatt am Platze. Monatlich Uhren-Reparaturumsatz 400—450. Feinste Referenzen. Für jede von mir reparierte Uhr leiste eine Garantie von 2 Jahren. Feder 1 ℳ, Zylinder 2 ℳ, Glas, Zeiger 15 ₰, die neuen Hornkapseln 25 ₰.

Kathreiners
Kneipp-Malzkaffee
empfiehlt
W. Dudenbostel
Konsum-Halle.

ff. Pfannkuchen,
gefüllt à Dtzd. 50 ₰, ungef. à Dtzd. 25 ₰,
Kindernähr-Zwieback
empfiehlt
C. Prell, Giebichenstein, gr. Gosenstr. 12.

Gebr. Gerste,
Weizen und Roggen
à Pfd. 15 ₰,
Himbeermarmelade, Apfelgelee
à Pfd. 40 ₰
bei **A. Trautwein,**
gr. Ulrichstr. 31.

Freundl. Wohnung für 32 Thlr. zu vermieten Giebichenstein, Schleifweg 8.

Eine Wohnung für 38 Thlr. verm. Giebichenstein, Schleifweg 7.

Stube und Kammer zu vermieten Trödel 20, part.

Wohnungen für 60 und 20 Thlr. sofort oder 1. April Schlamm 2 I.

Eine Wohnung im Preise v. 50—65 Thlr. zum 1. Juni Mitte der Stadt ges. Off. unter **M. 100** in d. Exp. d. Bl.

Freundliche Schlafstelle offen Ratswerder 14, II.

Burg i. A. Unserm Freund F. Finger zu seinem Geburtstage die herzlichsten Glückwünsche und wollen hoffen, daß die Kälte keine übeln Folgen hinterlassen hat, es wäre jammerschade um die schönen Hammerstiele. Aus der Ferne.

Dem Maschinenmeister K. Voigt, Kellnerstraße 11, zum Wiegenfeste ein donn. Hoch. Mensch ärgere dich nicht. A. H.

Der Frau M. Eilenberg zu ihrem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch, daß die ganze Adolfstr. wackelt. E. St. L.

Frau Therese Trensinger zu ihrem Geburtstage ein dreimaliges Hoch.

Unserm Freund K. V.,
Dem gratulieren wir wie jedes Jahr
Und wünschen ihm auf der Platte neues Haar.
Schläfst Du in der Laube und kommst auf den Hund,
So trinke nur Schafmilch, die ist gesund.
Gieb dann noch ein Viertel Tafelbier,
Dann trinken auf Deine Gesundheit auch wir.

Dem Plattmönch K. V. gratuliert zum Geburtstage. Einer ohne Platte.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß, Halle. — Druck der [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218950306-13/fragment/page=0004